

QUER

Das politische Magazin der Sozialistischen Jugend Linz

Danke Johanna!

Mit Johanna Dohnal ist eine ganz Große verstorben. Österreich hat ihr viel zu verdanken.

Mehr auf Seite 03.

Jugend ohne Arbeit

60.000 Jugendliche sind in Österreich ohne Arbeit. Anstatt wirksam gegen die Krise vorzugehen,

Mehr auf den Seiten 02 und 04.

Oldie but Goldie

Die Arbeitslosen von Marienthal. Eine Versuch die Effekte von Armut und Arbeitslosigkeit zu dokumentieren.

Mehr auf Seite 08.

Health Care

Ein Gastkommentar von Leonhard Dobusch zur amerikanischen Gesundheitsreform.

Mehr auf Seite 09.



JUGEND OHNE ARBEIT

Gesellschaft ohne Zukunft

60.000 jugendliche ohne job.
wir haben ein recht auf arbeit:
für eine echte job-offensive!

ulant_in:
QUER

Immer im Sommer!

Das Sommerlochthema. Dankbare Ausrede für jene, denen nichts einfällt über das sie schreiben könnten aber auch für jene, die sich nicht sicher sind welche der Themen sie unbedingt ansprechen wollen. Der Sommer bietet ja den traurigen Vorteil, dass, womöglich hitzebedingt, sinnbefreite Ideen und Feiern die wir gar nicht brauchen den Weg an die Öffentlichkeit finden. Also egal ob SP Bürgermeister in Traun, 65 jährige Meinungsmacherin oder das Rote Kreuz, zu queroliren gibt's immer was.

Altes Blut

Die OÖN sind also 65 Jahre alt. Gratuliere. 65 Jahre sind sie nun schon dabei, die oberösterreichische Medienland-

schaft zu „bereichern“. Wobei Bereichern tun sich dank der differenzierten und qualitätvollen Berichterstattung hauptsächlich das Trio Trauner, Scharinger, Pühringer. Nein, das ist keine Unterstellung die OÖN wären VP nahe – sie sind nur fern von sämtlichen anderen Meinungen die es in Oberösterreich gibt. Darum unsere Bitte anlässlich der großen Feierlichkeiten: entferne dich von deinen Zuflüster_innen aus dem Gleißnerhausumfeld. Keine Sorge: oben genanntes Trio wird dank ORF OÖ auch weiterhin gut versorgt sein!

Böses Blut

Gratulation „Genosse“ Harald Seidl (Bgm. Traun). Jetzt hast du es geschafft: als Trauner Bürgermeister österreichweite Bekanntheit. Das war es auch

schon mit den Glückwünschen. Seit Jahren hat Traun die Chancen die Migration bietet verschlafen. Durch falsche Wohnbaupolitik hat sich Traun ein Groß der „Probleme“ selbst geschaffen. Anstatt auf Zusammenleben zu setzen, wurden Parallelgesellschaften gefördert. Der aktuelle Beschluss, dass nicht EU Staatsbürger_innen künftig keine Häuser und Grundstücke mehr in Traun erwerben dürfen spiegelt nur die inhaltliche Hilflosigkeit von Seidl und Co wieder. Für künftige Hilfeschreie aller Art: Wenn Gen. Koits (Bgm. Wels) auch mit von der Partie ist: Finger weg!

Schwules Blut

Das Rote Kreuz ist in seiner Entwicklung wohl noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Anders erklärt sich

die Regelung, nachder homosexuelle Männer eine Risikogruppe für HI-Viren darstellen und somit nicht Blutspenden sollten, nicht. Bei dieser Regelung wird vollkommen ignoriert ob es sich um geschützten oder ungeschützten Sex handelt. Männer, die mit Männern schlafen, sind ein Risiko. Aha. Dass allerdings 42%, und somit die größte Gruppe der Neuinfektionen heterosexuelle Menschen betreffen wird dabei genauso außer acht gelassen wie der Fakt, dass jedes gespendete Blut im Labor auf seine Beschaffenheit geprüft werden muss.

Abs.: SJ-Linz, Kaisergasse 14a, 4020 Linz

Politischer Bildungsbankrott

Bei jungen Menschen den Sparstift anzusetzen, zeugt nicht nur von kurz-sichtiger Politik, sondern ist schlichtweg eines: gefährlich und dumm.



Klaus Baumgarner
Vorsitzender der SJ-Linz

„Wer heute an der Bildung spart, hat morgen noch dümmere Politiker_innen.“ Dieser bereits etwas in die Jahre gekommene Slogan ist dieser Tage aktueller denn je. In der aktuellen Konsolidierungsdebatte wird zwar in Sonntagsreden gerne der hohe Stellenwert von Bildung bei allen politischen Parteien quer durch alle Couleurs betont, die Realität der nackten Zahlen sprechen aber ein ganz anderes Bild. Während die oberösterreichischen Volkspartei das „Bildungsland OÖ“ in ihren Schaukästen hochjubelt („Wo die Zukunft bereits heute beginnt“), werden heuer lediglich 50 Millionen Euro für Sanierung schulischer Infrastruktur bereitgestellt – bei einem dringenden Investitionsbedarf von mehr als 300 Millionen.

Während Landeshauptmann Josef Pühringer und Neo-Bildungslandesrätin Doris Hummer (beide ÖVP) landauf, landab eine eigene Medizin-Uni für Oberösterreich fordern, kündigte erst kürzlich deren Parteikollegin Wissenschaftsministerin Beatrix Karl an, ab 2013 wegen der hohen Staatsverschuldung die Budgets für die heimischen Hochschulen einzufrieren (was einer realen Kürzung gleichkommt). Neue Universitäten werden da wohl kaum eingeplant sein; die Einführung von neuen universitären Barrieren und Hürden für Studierende stehen ohnedies auf der Tagesordnung der Beschränkungsministerin.

Ebenso unerschütterlich die konservative Phalanx gegen die gemeinsame Schule bis 15, mit der Lehrer_innengewerkschaft an ihrer Spitze – immer noch tief im ewiggestrigen Standesdünkel verharrend. Wenigstens bekommt dank der jüngsten Aussagen von ÖVP-Ministerin Karl („Gymnasium für alle“) auch diese Mauer Risse und beginnt allmählich zu bröckeln.

Das Traurige: Die Sozialdemokratie kann dem reaktionären Elitedenken der Konservativen wenig bis gar nichts entgegen setzen. Kein durchdachtes Konzept, keine Vision über Bildung und Wissenschaft im 21. Jahrhundert. Vom bildungspolitischen Sturm der Kreisky-Ära mit dem Postulat der Chancengleichheit für alle blieb nicht mehr als ein laues Lüftchen. Zukunftsorientierte (Bildungs-) Politik im Interesse der Jugend sieht anders aus. Was heute versäumt wird, kann sich bereits morgen bitter rächen:

Junge Menschen ohne Perspektiven können ein soziales Pulverfass für jede Gesellschaft werden. Zurück bleibt ein Nährboden für rechtsextreme Parteien, die durch bloßes Nichtstun oder haltlose Hetzereien auf billige Weise ihre Ernte einfahren.

Sozialdemokröte des Monats

Hans Niessl



Knapp aber doch nicht. Im Kärnten des Ostens - umgangssprachlich auch Burgenland genannt - konnte Hans Niessl bei der Landtagswahl am 30. Mai 2010 seine absolute Mehrheit nicht verteidigen. Das SPÖ Ergebnis von 48,3% in der militarisierten Zone kann sich trotzdem sehen lassen. Mit Sozialdemokratie hat Niessls Politik zwar überhaupt nichts mehr zu tun, das scheint dem Landesvater jedoch herzlich egal zu sein.

Hans Niessl ist mit klaren Ansagen in diesen Wahlkampf gegangen. Das Burgenland ist in Gefahr. Selbst die Stationierung des Bundesheeres könne, so Niessl, nicht mehr für ausreichend Sicherheit sorgen. Mindestens 300 zusätzliche Polizist_innen müssen schon her, wenn das Burgenland endlich zu einem blühenden Muster-Bundesland werden soll. Besieht man sich offizielle Statistiken - und lässt beiseite, dass die Stationierung des Bundesheeres zur Schanigarten-Patrouille völlig irrsinnig ist (was im Burgenland offensichtlich keinerlei Rolle spielt)- dann zeigt sich natürlich ein anderes Bild. Im Jahr 2008 wurden im Burgenland 9.863 Verbrechen angezeigt. Das Bundesland Salzburg hat rund Doppelt so viele Einwohner_innen. Hier wurden im selben Jahr 33.366 Verbrechen angezeigt. Umgerechnet auf die Bevölkerung ist die Kriminalitätsrate im Burgenland also halb so hoch wie in Salzburg. Damit ist es entweder höchste Zeit die Festung Hohensalzburg wieder in Kampfbereitschaft zu versetzen, oder aber im Burgenland (und in Niessls SPÖ) läuft etwas grundlegend falsch.

Vielleicht sollte sich Hans Niessl überlegen, dass er das subjektive Sicherheitsgefühl der Burgenländer_innen nicht mit einer Angstkampagne heben wird. Vielleicht sollte Niessl, anstatt populistisch gegen Migrant_innen zu Hetzen überlegen, wie er sinnvolle Maßnahmen im Burgenland setzen kann, damit das ärmste Bundesland Österreichs endlich aufholt und alle davon profitieren.

Sollte Hans Niessl das - aus Machtkalkül oder weil er seine Wahlkampf-Slogans wirklich glaubt - nicht können, sollte er sich fragen was er eigentlich im Burgenland macht - mit sozialdemokratischer Politik hat das jedenfalls nichts zu tun.



LINZ AG: Sichere Stromversorgung

GWG: Wohnbauprojekt Spindelbaumweg

Linz Arbeitsplatzmotor für Oberösterreich!



„Die aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik macht Linz zu einem dynamischen Zentrum. Mit einem Investitionsvolumen von rund 330 Millionen Euro leistet die Stadt und ihre Unternehmen einen aktiven Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen und für Versorgungssicherheit in der Zukunft.“

Stadtrat Johann Mayr
Finanz- und Hochbaureferent

“Die Vision des Feminismus ist eine menschliche Zukunft”

Eine der letzten großen Kämpferinnen der Sozialdemokratie verstarb am 20. Februar 2010. Mit Johanna Dohnal verlor die Sozialdemokratie eine Leitfigur, die sich unermüdlich für die Rechte der Frauen einsetzte. Dohnals Einsatz veränderte Österreich zum Besseren – doch es bleibt noch viel zu tun.

Johanna Dohnal wird am 14. Februar 1939 in Wien geboren. Das Arbeiter_innenkind wächst bei ihrer Großmutter – einer Schneiderin – auf und schließt eine Lehre als Industriekauffrau ab. Mit 17 Jahren beginnt Dohnal sich in der SPÖ zu engagieren und arbeitet aktiv in ihrem Wiener Bezirk Penzing mit, wo sie im Jahr 1969 auch Bezirksrätin wird.

Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, ...

Am 5. November 1979 wird Johanna Dohnal als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen angelobt und wechselt ins Bundeskanzleramt. Johanna Dohnal arbeitet gemeinsam mit weiblichen Beschäftigten schon im selben Jahr ein Förderprogramm für Frauen im öffentlichen Dienst aus, um dort eine gesetzliche Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. 1980 nimmt Dohnal als Vize-Präsidentin an der 2. Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen teil. Neben ihrer Arbeit als Staatssekretärin arbeitet Dohnal vor allem im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und kann hier mit dem Arbeitskreis der SPÖ-Frauen „Frieden – Abrüstung – Dritte Welt“ wertvolle Akzente setzen.

Zeit lebens bleibt die Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiges Thema für Johanna Dohnal. 1982 erreicht Dohnal die Ausdehnung des Mutterschutzes für Landwirtinnen und weibliche Selbstständige. Ein Jahr später wird auch auf Initiative Dohnals das Familienrecht erneut abgeändert, 1987 der Sexismusbeirat gegründet. Durch eine Novellierung des Strafrechts verbessert sich die Situation von Opfern sexueller Gewalt. Darüber hinaus wird der Unterricht in Hauswirtschaft in österreichischen Hauptschulen auch für Männer verbindlich.

Vor allem im schulischen Bereich konnte Johanna Dohnal immer wieder Schritte für eine Gleichstellung von Frauen und Männern durchsetzen, so beispielsweise auch im Werkunterricht, der bis in die 1990er Jahre geschlechtergetrennt stattgefunden hat. 1988 wird die Schenkungssteuerpflicht für nicht erwerbstätige Ehefrauen abgeschafft. Durch eine Änderung der Bundesverfassung müssen Amtsbezeichnungen und Titel nun geschlechtergerecht formuliert werden. Im Jahr 1989 erfolgt eine erneute Reform des Sexualstrafrechts: Vergewaltigung in der Ehe oder in Lebensgemeinschaften wird unter

Strafe gestellt. Der Tatbestand der Vergewaltigung wird vom Verhalten der Opfer losgelöst. Wie bei allen anderen Verbrechen wird nun auf das Verhalten der Täter_innen abgestellt. Darüber hinaus wird die Möglichkeit geschaffen, gewalttätigen Partner_innen den Zutritt zur gemeinsamen Wohnung zu untersagen. Ebenfalls auf Initiative Johanna Dohnals wird die erbrechtliche Gleichstellung unehelicher und ehelicher Kinder beschlossen. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wird im Gleichbehandlungsgesetz auch für die Privatwirtschaft sanktioniert.

Am 17. Dezember 1990 wird Dohnal als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten angelobt. Sie arbeitet weiterhin intensiv in den Bereichen Gewaltschutz und setzt weitere Schritte zu einer rechtlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Johanna Dohnal hatte darüber hinaus einen richtungsweisenden Anteil an der Einführung der Fristenlösung. Auch hier wurde offensichtlich, dass Dohnal auch innerhalb ihrer eigenen Partei harte Kämpfe zu bestehen hatte. Trotz des Widerstandes innerhalb der SPÖ und einer Mobilisierung der Konservativen (zwei Volksbegehren, starke politische Einmischung der Kirche) war Dohnal letztendlich auch hier erfolgreich. Im Frühjahr 1995 bildet Bundeskanzler Vranitzky die Bundesregierung um. Johanna Dohnal tritt nach Differenzen mit Vranitzky zurück, ihr folgt Helga Konrad nach.

... wissen wir, wohin wir gehen

Johanna Dohnal war als Frauenstaatssekretärin dem Bundeskanzleramt weisungsgebunden und verfügte rein verfassungsrechtlich über keine Kompetenzen. Davon ließ sich Dohnal jedoch nicht abschrecken und gründete umgehend fachbereichsspezifische Arbeitsgruppen, um Frauenpolitik in den Ministerien zu institutionalisieren. Diese Arbeitsgruppen gaben Dohnal die Möglichkeit in allen politischen Bereichen mitzuarbeiten und ihre Forderungen umzusetzen. Darüber hinaus ließ Dohnal vom Verfassungsdienst einen Richtlinienkatalog für die Begutachtung von Gesetzesentwürfen und Verordnungen erstellen, um eine Differenzierung zwischen Frauen und Männern in Gesetzestexten zu verhindern.



Johanna Dohnal bei einer Veranstaltung der Sozialistischen Jugend Linz im Jahr 2005

Politik mit den Frauen für die Frauen

Eine Zusammenarbeit mit anderen Frauen war Johanna Dohnal immer wichtig. So gründete sie die bis heute bestehenden Frauenenquäten und Frauenforen, bei denen engagierte Frauen die Möglichkeit haben, über bestimmte Themen oder die aktuelle Frauenpolitik zu diskutieren und sich zu informieren. In diesem Sinne wurde im Jahr 1980 auch die Frauenservice-stelle im Bundeskanzleramt gegründet und von Dohnal geleitet. Vor allem die Schulung politischer Funktionärinnen war Dohnal immer ein wichtiges Anliegen um so die tatsächliche Umsetzung der im Parteistatut verankerten

40%-Quote für Frauen – die im Übrigen bis heute nicht auf allen Ebenen erreicht ist! – voranzutreiben.

Zwei Zangen-Strategie

Dohnal war eine parteiübergreifende Zusammenarbeit im Hinblick auf wichtige Themen stets ein Anliegen. Vor allem im Zusammenhang mit der Umsetzung der Fristenlösung konnte Johanna Dohnal durch eine übergreifende Zusammenarbeit, vor allem mit der autonomen Frauenbewegung, letztendlich einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung erreichen.

Politische Karriere

Johanna Dohnal wird 1969 zur Bezirksrätin in Wien gewählt, wo sie ab 1971 auch als SPÖ-Frauenvorsitzende tätig ist. Von 1972-1979 ist Johanna Dohnal als Landesfrauensekretärin der SPÖ-Wien und ab 1973 auch als Landtagesabgeordnete tätig. 1979 wird Johanna Dohnal erste Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen und ist ab 1987 auch stellvertretende Bundesvorsitzende der SPÖ. 1995 zieht sie sich nach Differenzen mit Bundeskanzler Vranitzky aus der (offiziellen) Politik zurück, bleibt der Sozialdemokratie jedoch zeitlebens verbunden.

Jugend ohne Arbeit, Gesellschaft ohne Zukunft

Rund 60.000 Jugendliche sind derzeit ohne Job. Ein fatales Signal der Gesellschaft, bereits als junger Mensch scheinbar nicht gebraucht zu werden und das auch hierzulande zu einem sozialen Pulverfass werden könnte.

Unter der aktuellen Wirtschaftskrise leiden viele junge Menschen, vor allem auch Migrant_innen und Frauen. Die angespannte wirtschaftliche Lage prophezeit leider auch für die kommenden Monate wenig Besseres. Und düstere Zeiten gerade für jene Jugendliche, die zu Beginn der Schulferien Anfang Juli ihre Pflichtschulzeit beenden und nach Dutzenden negativen Bewerbungsschreiben noch immer keinen Lehrplatz gefunden haben. Innerhalb der Gruppe der arbeitssuchenden Jugendlichen selbst gibt es freilich auch noch ein Gefälle.

Arbeitslosigkeit ist weiblich

In der aktuellen Krise entsteht gern der Eindruck, Männer seien deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Tatsächlich gingen in den vergangenen Monaten Zehntausende Arbeitsplätze in der Industrieproduktion (stark männerdominiert) verloren. Was gern verschwiegen wird: Frauen sind beim AMS oft nicht als arbeitslos registriert – fallen also nicht unter die öffentliche Statistik. Zudem ist die Neueinstellungsquote von Frauen bereits im der ersten Jahreshälfte 2009 deutlich hinter jene der Männer zurückgefallen. Gerade im konservativen Österreich ist das Bild des „männlichen Ernährers“ noch immer vorherrschend. Das heißt, Männer werden bei der Vergabe von ohnehin knappen Jobs eher bevorzugt. Frauen bleibt somit oft die unbezahlte Haus- oder Pflegearbeit in den eigenen vier Wänden. Die tatsächliche Zahl jener Personen (fast ausschließlich Frauen), die einer Form von häuslicher Tätigkeit (Kinderbetreuung, Pflege etc.) nachgehen, wird auf rund 200.000 Personen geschätzt.

Arbeitslosigkeit ist migrantisch

Steigt die Arbeitslosigkeit, sind Bürger_innen aus Nicht-EWR-Staaten die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie arbeiten meist im Niedriglohnbereich – in Jobs mit geringen Qualifikationen. Der Verlust der Arbeit bedeutet für viele Haushalte und Familien einen massiven Einkommensausfall. Viele Migrant_innen erhalten keine oder nur geringe staatliche Transferzahlungen (z.B. Wohnbeihilfe). Gerade unter den jugendlichen Arbeitslosen finden sich besonders viele Jugendliche mit migrantischem Hintergrund. Schlechte Grundschulbildung und zu wenig Förderung sind die wesentlichen Barrieren für das Finden einer Lehrstelle oder den Besuch einer höheren Schule. Die Folgen

sind für das restliche Leben fatal: Schlechtqualifizierte Menschen sind stets die ersten Opfer bei Rationalisierungsmaßnahmen von Unternehmen oder krisenbedingten Kündigungen.

Es ist genug für alle da!

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, doch falsche Politik verursacht Arbeitslosigkeit. Anstatt die derzeitigen Symptome der steigenden Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss über echte Visionen nachgedacht werden. Schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf dreißig Stunden bei vollem Lohnausgleich sollte da genauso ernsthaft diskutiert werden wie die Möglichkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Wir fordern eine Garantie für alle junge Menschen auf kostenlose und qualitativ hochwertige Ausbildung. Dazu gehört eine breite Auswahl an vollwertigen Lehrplätzen. Jugendliche müssen ernstgenommen und fair bezahlt werden. Mit unserer Initiative „Jugend ohne Arbeit. Gesellschaft ohne Zukunft“ fordern wir die verantwortlichen Politiker_innen auf, endlich zu handeln. Unterstütze uns: Für eine echte Job-Offensive für junge Menschen!

Unsere Forderungen

- **Einführung eines trialen Lehrlingsausbildungssystems**
- **Ausbau öffentlicher Lehrwerkstätten: Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Ausbildung!**
- **Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen bis zum 24. Lebensjahr**
- **Mehr Rechte für Lehrlinge: Verkürzung der Probezeit, besserer Kündigungsschutz sowie Erhöhung und Vereinheitlichung der Lehrlingsentschädigung („Lehrlings-Mindestlohn“)**
- **Schaffung eines „Lehrlingsfonds“ für Unternehmen: Alle zahlen ein; jene Unternehmer_innen, die Lehrlinge ausbilden, erhalten daraus Unterstützung (Art Rückvergütung)**
- **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 10 Euro pro Stunde bei gleichzeitiger schrittweiser Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden**



Wichtige Facts zum Thema Jugendarbeitslosigkeit

AMS

Als „Dienstleistungsunternehmen“ des öffentlichen Rechts erfüllt das Arbeitsmarktservice (AMS) die Funktionen eines öffentlich-rechtlichen Arbeitsamts, vermittelt Arbeitskräfte auf offene Stellen und unterstützt die Eigeninitiative von Arbeitslosen und Unternehmen als Arbeitgeber_innen. Etwa 50.000 Arbeitslose werden im Schnitt pro Monat vom AMS in diversen Schulungen mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen qualifiziert (berufliche Weiterbildung). Diese werden in der offiziellen behördlichen Statistik nicht als solche geführt, worauf Kritiker_innen gerne hinweisen. Das AMS ist u.a. für das Arbeitslosengeld (nach AIVG), die Notstandshilfe oder die Altersteilzeit zuständig.

ILO

Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) hatte ursprünglich die Sicherung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit als Ziel. Als Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit 182 Mitgliedsstaaten und Sitz in Genf erhielt sie 1969 den Friedensnobelpreis. Die ILO arbeitet rechtsverbindliche arbeitsrechtliche Übereinkommen wie z.B. Standards für den Mutterschutz, Schutz von temporären Angestellten oder Altersgrenzen für bestimmte Arbeiten aus. Mitglieder müssen der ILO über die Umsetzung der von ihnen ratifizierten Übereinkommen sowie über den Stand ihrer nationalen Gesetzgebung in Bezug auf das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz regelmäßig Bericht erstatten.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS)

Die BMS ist eine Sozialleistung, die am 1. September 2010 eingeführt wird und die bislang je nach Bundesland unterschiedlich geregelte Sozialhilfe ersetzt. Sie orientiert sich dabei an der Mindestpension und soll zwölf Mal jährlich in Höhe von 744 Euro ausgezahlt werden. Für Partner_innen sind Zahlungen in Höhe von 75 % vorgesehen, für Kinder soll erheblich weniger ausbezahlt werden. Die BMS basiert ebenfalls auf dem Subsidiaritätsprinzip, was heißt, dass sie ausschließlich jenen Personen zukommt, die über keine angemessenen eigenen Mittel verfügen und durch Leistungsansprüche gegenüber Dritten den eigenen Bedarf bzw. den ihrer Angehörigen nicht ausreichend decken können. Der Bezug wird im Gegensatz zur bisherigen Sozialhilfe von der Arbeitsbereitschaft der Bezieher_innen abhängig gemacht. Als Vermögensfreibetrag für Ersparnisse ist der fünffache Wert der monatlichen Leistung vorgesehen.

Mindestlohn

Ein Mindestlohn ist ein in der Höhe durch eine gesetzliche Regelung oder durch einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag festgeschriebenes oder aufgrund der Unzulässigkeit von Lohnwucher gegebenes kleinstes rechtlich zulässiges Arbeitsentgelt. Eine Mindestlohnregelung kann sich sowohl auf einen Stundensatz als auch auf einen Monatslohn bei Vollzeitbeschäftigung beziehen.

Notstandshilfe

Als soziale Transferleistung kann sie nach dem Wegfall des befristeten Bezuges des Arbeitslosengeldes bei Vorliegen einer Notlage für längstens 52 Wochen beim zuständigen AMS beantragt werden. Die Höhe der Notstandshilfe beträgt idR 95 % des Arbeitslosengeldes.

Working Poor

Working Poor (arbeitende Arme) bzw. Erwerbsarmut bezeichnet das Phänomen von Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit nicht vor Armut abgesichert sind.

Denken verboten. Nachplappern reicht.

Die Stadtgemeinde Traun (OÖ) beschäftigt sich neuerdings mit „eigenen“ Ansätzen so genannter „Integrationspolitik“. Kürzlich wurde ein Stadtratsbeschluss gefällt, der allen Nicht-EU-Bürger_innen (sg. Drittstaatsangehörige), die nicht bereits in Traun gemeldet sind, verbietet, Grundstücke oder Häuser käuflich zu erwerben.

Der Stein, der diese Diskussion ins Rollen brachte, war eine Publikation des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), der Traun einen Anteil an Drittstaatsangehörigen von 21,16% attestierte. Betrachtet man den Anteil an Menschen, die im Ausland geboren sind, dann hat Traun einen Prozentsatz von 28,3%. Der ÖIF reihte die Stadtgemeinde Traun beim Anteil an Drittstaatsangehörigen somit auf Platz eins aller österreichischen Städte.

Bürger_innenmeister Harald Seidl (SPÖ) nahm dies zum Anlass in den Medien zu verkünden: „Wir sind am Limit angelangt.“ Von welchem Limit spricht er? Dem Limit seiner politischen Fähigkeiten? Das wäre wohl ein zulässiger Schluss. Dieser Stadtratsbeschluss ist an Absurdität kaum nicht zu überbieten und führt dazu, die alleinige Existenz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu kriminalisieren. Migration wird als „Störfaktor im Normalbetrieb“ kommuniziert. Anstatt sich zu freuen, dass Traun anscheinend eine so attraktive Ge-

meinde ist, dass es für sehr viele Menschen, egal woher sie kommen, wert ist, sich dort anzusiedeln, ärgert man sich darüber, dass man sich nicht aussuchen kann, wer zuzieht.

Wieder fällt der Begriff „Ghettoisierung“. Abgesehen davon, dass man diesen Begriff aufgrund seines historischen Kontextes grundsätzlich nicht verwenden sollte, ignoriert man ihre Ursache. Es ist nicht der gemeinsame Herkunftskontext einer Siedlung, die die Wohnungswahl bestimmt. Diese Gegenden sind vor allem günstig. Wenn man beachtet, dass gerade Zuwander_innen großteils prekär beschäftigt sind, dann erkennt man schnell, dass die Ursache ausschließlich in der Einkommensfrage liegt. Diese Wohnungen sind die Einzigen, die sich Zuwander_innen leisten können. Die Gemeinde kann hier mitgestalten, indem sie günstigen Wohnraum schafft. In Zeiten der Wirtschaftskrise ist Populismus jedoch billiger und auch ziemlich bequem.

Die Aufgabe öffentlicher Institutionen ist es, Zusammenleben zu gestalten. Das bedeutet Barrierefreiheit und Chancengleichheit zu schaffen und nicht, Menschen in gut und böse zu unterteilen. Man hat es Jahrzehntlang verabsäumt, die Bevölkerung darauf vorzubereiten und die Gemeinde an diese neuen Herausforderungen anzupassen. Es ist die öffentliche Hand, die Flexibilität beweisen muss und nicht die Menschen. Das Ziel muss sein, allen Einwohner_innen ein eigenständiges und selbstverantwortliches Leben zu ermöglichen und dafür muss die Gemeinde die Voraussetzungen schaffen.

Wo Probleme auftreten, gilt es, diese an Ort und Stelle in den Wohnungssiedlungen anzusprechen. Dieser Stadtratsbeschluss ist ein Hilferuf, weil in den letzten Jahrzehnten die Chance, das Zusammenleben in Traun zu gestalten, vernachlässigt worden ist. Diese Hilfslosigkeit darf aber nicht darüber hin-

wegtäuschen, dass diese Initiative rassistisch ist.

Migration ist ein Faktum und diesem gilt es sich zu stellen. Was hier betrieben wird, ist schlichtweg Realitätsverweigerung. Wer glaubt, Migration stoppen zu können, sollte sich überlegen, ob nicht Märchenbuchautor_in der bessere Job wäre als Stadtrat. Traun legt hier ein Armutszeugnis ab. Es gesteht sich ein, dass es sich nicht mehr in der Lage glaubt, ein Zusammenleben der Trauner Bevölkerung zu ermöglichen. Es ist unerheblich, woher die Leute stammen, die gerade in einer Gemeinde leben und wie lange sie gedenken, sich dort aufzuhalten. Sobald sie hier sind, sind sie ein Teil von Traun und gestalten die Zukunft mit. Bürger_innenmeister_innen sollten Vertreter_innen für alle Bürger_innen sein, und nicht nur für diejenigen, die sie sich aussuchen. Diese Politik orientiert sich an der Vergangenheit und ignoriert Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts.

Bezirkskonferenz der Sozialistischen Jugend Linz

Bezirkskonferenz 2010

Die SJ Linz wählte neu. Auf der Tagesordnung die Themen Quotenregelung, Jugendarbeitslosigkeit und Zugangsbeschränkungen zu Bildung. Neben den Wahlen des neuen Vorstandes wurde der Grundstein für die politische Arbeit in den kommenden beiden Jahren gelegt.

BK- what's that?

Die Bezirkskonferenz ist das höchste Gremium der Sozialistischen Jugend Linz, sie findet alle zwei Jahre statt. Es werden neben dem Vorsitz, dem Sekretariat und der Frauensprecherin, auch die wichtigsten Gremien der SJ-Linz, nämlich der Ausschuss und das Team neu gewählt. In diesen Gremien sind Aktivist_innen aus allen Organisationen des Netzwerks der SJ-Linz vertreten.

What happened?

Dieses Jahr tagte die BK am 5. Juni im Pressezentrum des Neuen Rathauses und erfreute sich an über 70 Teilnehmer_innen. Die einleitenden Worte fand der SJ-Linz „Oldie“ Gemeinderat Christian Forsterleitner und set-

zte gemeinsam mit den Schlussworten von Stadtrat Johann Mayr den Rahmen für die BK. Auf dem Programm stand neben einem ausführlichen Tätigkeitsbericht des Netzwerks, der von einer Fotopräsentation begleitet wurde, eine Diskussionsrunde statt. An der Diskussion war die Vizepräsidentin der Arbeiterkammer Oberösterreich Christine Lengauer, die Landtagsabgeordnete Gertraud Jahn und Klaus Bachmair vom FSG beteiligt und diskutierten zum Thema der derzeitigen Kampagne „Jugend ohne Arbeit. Gesellschaft ohne Zukunft“ der SJ-Linz zu Jugendarbeitslosigkeit. Um dem neuen Ausschuss empfangen zu können wurde der ehemalige Ausschuss und Team verabschiedet. Besonders bedankte sich die SJ-Linz bei dem scheidenden Vorsitzenden Stefan Etselstorfer und Geschäftsführer Hannes Halak. Diese beiden waren maßgeblich wich-

tig für die politischen Aktivitäten der SJ-Linz in den letzten zwei Jahren. Doch es war nicht nur Trennungsschmerz auf der BK. Erstmals wurde als Vorsitz Klaus Baumgartner gemeinsam mit Marlenen Brüggemann als Frauensprecherin gewählt. Die Geschäftsführung übernimmt in den nächsten zwei Jahren Stefan Berndorfer. Die Inhalte der SJ-Linz wurde anhand der gestellten Anträge zu Gender Budgeting, Jugendarbeitslosigkeit, feministisches Organisationsleben, Vermögensbesteuerung, freier Bildungszugang und Vermögensbesteuerung diskutiert.

Half of the earth, half of the power

Einer der wichtigsten Punkte bei der diesjährigen Bezirkskonferenz war die Einführung scheidender Elemente und Maßnahmen um die

Frauen und Frauenarbeit innerhalb der Netzwerks vermehrt zu stärken. Eine der großen Veränderungen die beschlossen wurden war die Einführung der Frauensprecherin als fixen Bestandteil des Vorsitzes in der Zukunft der Sozialistischen Jugend. Mit dieser Maßnahme soll versichert werden, dass die Frauen immer durch die Frauensprecherin in wichtige Entscheidungsprozesse die den Werdegang des Netzwerks bestimmen miteinbezogen werden. Dazu gehört auch die Vertretung der SJ nach aussen hin z.B. bei Presseausendungen oder Medienarbeit. Eine weitere erfreuliche Änderung ist die Einführung eines Mindestanteils von 50 Prozent Frauen in allen Gremien der Sozialistischen Jugend Linz. Schon bei der diesjährigen Wahl wurde diese z.B. bei der Zusammensetzung des Ausschusses berücksichtigt und gewählt.



Kommentar AKS-Linz

Gegen den Strom schwimmen



Vanessa Gaigg
Vorsitzende der aks-Linz

In einem Ö1-Interview sprach sich VP-Wissenschaftsministerin Beatrix Karl für eine gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen aus. Obwohl die Volkspartei schnell zurückruderte und Karls Statement als persönliche Meinung abtat, kommt nun wieder Bewegung in die verfahrenere Debatte über ein VP-Bildungskonzept.

Nach der VP-nahen Wirtschaftskammer schwimmt nun also auch Wissenschaftsministerin Karl gegen den schwarzen Strom an. Während die ÖVP offiziell fest am differenzierten Schulsystem festhält, sieht Karl innerhalb der Partei ein breites Meinungsspektrum zum Bildungsthema. Diese unterschiedlichen Ansichten würden nun für die Erstellung eines Bildungskonzeptes diskutiert. Doch für ÖVP-Chef Vizekanzler Josef Pröll ist die Grundlage dieses Konzeptes nicht Karls „persönliche Meinung“, sondern das Bildungspapier des ÖAAB. Dieses sieht zwar eine Aufwertung der Hauptschulen vor, bleibt aber in puncto differenziertes Schulsystem streng auf Parteilinie.

Doch selbst wenn sich die ÖVP innerparteilich auf das von Karl vorgeschlagene „Gymnasium für alle“ einigen würde, wäre der Weg zur wirklichen Chancengleichheit in einer Gesamtschule noch weit. Wichtig ist jetzt rasch die Probleme beim Namen zu nennen und entgegen der sonstigen schwarzen bildungspolitischen Blockade-Politik auch Reformen zuzulassen. Denn nur eine Gesamtschule garantiert gleiche Chancen und Möglichkeiten für wirklich alle Schüler_innen. Schön wäre zudem, wenn Karl ihre in ihrer Partei schon fast revolutionären Ansichten auch in ihr eigenes Ressort einfließen ließe und auch an den Unis auf Chancengleichheit setzen würde.

Kommentar Stahlstadtfrauen

Unschöne Fakten



Marelene Brüggemann
Frauensprecherin der SJ Linz

„Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft.“
(Johanna Dohnal)

Nach 15 Jahren erschien Ende Mai 2010 nun der vierte Frauenbericht, gewidmet wurde dieser der ersten Frauenministerin und Pionierin der Frauenpolitik in Österreich, Johanna Dohnal. Der Bericht zeigt die immer noch bestehenden Unterschiede in den Lebensrealitäten von Frauen und Männern auf und macht auf die unterschiedlichen Lebenssituationen der Frauen aufmerksam: der Anteil der Frauen beispielsweise, die lediglich einen Pflichtschulabschluss besitzen, liegt immer noch bei rund 26 % (bei Männern zum Vergleich nur bei 14 %). Durchschnittlich besitzt gut ein 13,8 % der Frauen eine universitäre Ausbildung, aber „nur“ 12,8% der Männer. Jedoch werden technische und naturwissenschaftliche Bereiche immer noch hauptsächlich von Männern dominiert.

Nach wie vor bestehen gravierende Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, die Einkommensschere ging sogar weiter auf, durchschnittlich verdienen Frauen bis zu 18 % weniger und dies allein aufgrund des Geschlechts. Neben der Erwerbstätigkeit erledigen Frauen auch noch rund zwei Drittel der unbezahlten Arbeit wie Kinderbetreuung, Haushalt und Pflege, was zu einer immensen Doppelbelastung führt. Dazu kommt noch, dass rund 7 % der Frauen unter den Begriff „Working poor“ fallen. Das bedeutet, sie leben trotz Berufstätigkeit an oder unter der Armutsgrenze, am stärksten davon betroffen sind vor allem Alleinerzieherinnen. In der Karriereaufbahn werden Frauen oft Steine in den Weg gelegt, sie stoßen an die „gläserne Decke“ und gelangen nur selten in höhere Positionen. Ein Schritt in Richtung Gleichstellung im Berufsleben wird sich in nächster Zeit wohl nur durch eine Quotenregelung realisieren lassen.

Kommentar IKS

Schwarz bleibt schwarz



Dieter Etzelstorfer
Vorsitzender der IKS

Die Katze ist aus dem Sack. Ende Jänner 2010 trat die Nachfolgerin von Wissenschaftsminister Johannes „Gio“ Hahn ihr Amt an. Neues Gesicht, alte Politik. Oder eben anders ausgedrückt: Schwarz bleibt schwarz.

Man könnte es auch zynischer formulieren: Es kommt selten etwas Besseres nach. Bereits kurz nach ihrer Angelobung bot Beatrix Karl Einblicke in ihre unipolitische Gedankenwelt. Zugangsbeschränkungen beibehalten und ausbauen, in Kombination mit der Wiedereinführung der Studiengebühren. So sieht konservative Bildungspolitik im 21. Jahrhundert aus.

Die neue Ministerin mag fachlich kompetent sein und eine „konstruktive“ Gesprächsbasis mit den Studierenden anstreben, nur: Das alles kennen wir schon. Die Kaffeerunden mit Gio Hahn fanden bekanntlich statt, der Output war gleich null. Solange die ÖVP ihren reaktionären Zugang zum Themenkomplex Universität nicht einmal ansatzweise überdenkt, wird im Wissenschaftsressort Stillstand herrschen. Und die Studierenden werden sich weiterhin mit veralteten Hörsälen und überfüllten Lehrveranstaltungen herumschlagen müssen.

Liebe Frau Karl: Setzen, nicht genügend!

Kommentar VSStÖ

Es war einmal ein freier Hochschulzugang



Hannah Stöger Müller
Vorsitzende des VSStÖ-Linz

Mit Rechtswidrigkeiten hat ÖVP-Wissenschaftsministerin Beatrix Karl anscheinend keine Probleme. Trotz rechtlicher Gutachten und Nicht-Einigung mit der SPÖ schickte Karl Anfang April 2010 eine Verordnung in Begutachtung, die quantitative Zugangsbeschränkungen in den Studienrichtungen Publizistik, Architektur und Wirtschaftsrecht beinhaltet.

Mitte Mai einigte sich die Große Koalition dann schließlich, dass es für sechs Fächer weiterhin Beschränkungen geben kann: Human- und Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Psychologie, Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Betriebswirtschaftslehre. Rechtliche Grundlage für dieses Vorgehen ist der im Universitätsgesetz enthaltene „Notfallparagraf“ - § 124b. Dieser Paragraf sieht die Einführung von quantitativen Zugangsbeschränkungen vor, wenn es aufgrund einer erhöhten Nachfrage von ausländischen Staatsangehörigen, zu „unvertretbaren Studienbedingungen“ kommt. Beschränkt können jene Studienrichtungen werden für die in Deutschland der Numerus clausus gilt (also praktisch alle). Voraussetzung ist, dass alle österreichischen Universitäten, an denen die Studienrichtung angeboten wird, einen Antrag stellen und die Bundesregierung zustimmt.

Der freie Hochschulzugang bleibt nach der Eingigung zwischen SPÖ und ÖVP im Ministerrat in weiter Ferne. Trotz niedriger AkademikerInnenquoten und trotz verschiedener Studien, die allesamt beweisen, dass bestehende Beschränkungen (wie beispielsweise der EMS-Test in der Medizin) vor allem Menschen aus sozial schwachen Schichten und Frauen vom Studium abhält.

„Bildung! Welche Bildung?“

Universitäten als neue „Lehrwerkstätten“ der Wirtschaft. Im Windschatten der politischen Konzeptlosigkeit und von Sachzwängen geprägten Debatte um die Zukunft der heimischen Hochschulen schreitet die Ökonomisierung der Universitäten munter voran.

Die scheinbaren Horte von Bildung und Wissen – die Schulen, allen voran die Hochschulen – werden immer weniger ihren eigentlichen Anforderungen gerecht. Der Zeitgeist sowie wirtschaftliche Sachzwänge – vereinfacht unter dem Begriff „Globalisierung“ zusammengefasst – machen seit nunmehr Jahren vor den heimischen Bildungsstätten nicht halt. Nicht die Ökonomie passt sich den Universitäten und ihren jahrhundertelangen Traditionen an, sondern umgekehrt. So wird seit Jahren munter umstrukturiert, umorganisiert und angepasst, um die Hochschulen national und international für die eine schnelllebige Zukunft „fit“ zu machen.

In der Organisationsstruktur einer kapitalistischen Aktiengesellschaft ähnelnd, ausgestattet mit voller Autonomie und voller Rechtsfähigkeit gegenüber Dritten und dem Staat soll die Universität frei vom staatlichen Gängelband und im „gesunden“ Wettbewerb wie ein Unternehmen um die besten und tüchtigsten Studierenden konkurrieren. Ob Entwicklungspläne, Globalbudgets oder die Besetzung von Universitätsgremien mit hochschulfremden Personen (wie im Universitätsrat der Fall) – das alles dient vordergründig natürlich einzig und allein dem Wohl der akademischen Bildung, der Lehre und Forschung, sowie den darin involvierten Personen.

Wissen verkommt dabei zu einer bloßen Stückelung von jederzeit abrufbaren Informationen, das ebenso rasch wieder vergessen wird, wie man es sich – am besten via Wikipedia – angeeignet hat, wie Daten in Hochleistungsrechner eingegeben und bei Bedarf wieder ausgespuckt wird. Dies ist das Resultat eines Systems der vergangenen Jahre und Jahrzehnte mit dem systematischen Versuch, Bildung auf Ausbildung sowie auf eine quantifizierbare, mathematisierbare Größe zu reduzieren; gleichsam ablesbar in Bilanzen wie Anlagevermögen oder Eigenkapital.

Und auch die Studiensysteme selbst blieben davon nicht gefeit: Seit 1999 in Europa der „Bologna-Prozess“ implementiert wurde – der Versuch einer Vereinheitlichung bzw. Harmonisierung der europäischen Hochschulstudien –, blieb kein Stein auf dem anderen. Eine tief greifende strukturelle Änderung, die auch vor der JKU Linz nicht halt machte. Anstelle von Magisterium und Doktorat treten Bachelor, Master und PhD – und damit verbunden ein tief greifender Bruch mit den historisch gewachsenen Studienstrukturen. Schneller, besser, schlichtweg einfach „mehr“. Um Vereinheitlichung geht es nur auf dem Papier. Am Ende steht ein System, das alles nur noch komplizierter und verwirrender macht. Dazu kommt das Leistungspunktesystem ECTS und der wahnwitzige Versuch,

studentische „Leistung“ anhand von so genannten „Workloads“ (d.h. Arbeitsaufwand in Stunden während des Semesters für eine betreffende Fach) zu messen und zu bewerten. Wie wirklich eine BWL-Vorlesung in Straßburg und an der JKU Linz vergleichen? Zeichnet es nicht gerade universitäre Lehre aus, Lehrenden die Freiheit zu geben, das zu unterrichten und den Studierenden zu vermitteln, was ihnen als wichtig erscheint?

Sparen bis zum Bankrott

Gerade in den letzten Jahren sah sich der österreichische Schul- und Hochschulsektor mit massiven Verknappungen der monetären Mittel konfrontiert. Heruntergekommene Hörsäle, eingespartes Personal, zu wenig Lehrveranstaltungen auf den Unis sind das Resultat einer langjährigen Sparpolitik, die den einzelnen Universitäten aufgezwungen wurde. Trotz Einführung von Studiengebühren vernachlässigte die Politik diesen Kernbereich des Staates und gerade für die Zukunft wichtigen Sektor, indem die Ausgaben für die Universitäten kontinuierlich – gemessen am BIP – sanken. Mit einer AkademikerInnenquote von rund 20 % steht Österreich fast am untersten Ende im europäischen Vergleich. (Fairerweise muss hier dazu gesagt werden, dass andere europäische Länder bereits seit mehreren Jahren die Bologna-Architektur flächendeckend implementiert haben, was auch dazu führte, dass die auf dem Papier um zwei Semester kürzeren Bachelor-Studien früher abgeschlossen werden und daher die StudienabbrucherInnenquote geringer ausfällt.). Der durch das Universitätsgesetz (UnivG) 2002 noch verstärkte Wettbewerb der einzelnen Universitäten ist kontraproduktiv für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Vermehrt wird nur mehr gezielt danach geforscht, was als ökonomisch verwertbar betrachtet wird. Das Ideal der Humboldt'schen Universität, in der das Erlangen von Wissen im Vordergrund steht, verkommt dahingehend zur reinen Farce. Nicht zuletzt auch die Einführung der Studiengebühren im Wintersemester 2000/01 führte in der öffentlichen Wahrnehmung dazu, Studierende in letzter Konsequenz als „KundInnen“ der Universität und Lehrveranstaltungen als „Dienstleistungen“ anzusehen, für die selbstverständlich auch ein (Eigen-) Beitrag geleistet werden muss. Dies alles passte ins Konzept des „Unternehmens Universität“, das ihre Produkte auf dem Wissensmarkt Österreich feilbietet und dabei in Konkurrenz tritt zu den anderen nationalen und internationalen Hochschulen; insbesondere dann, wenn das gleiche „Produkt“ (die gleiche Studienrichtung) angeboten wird. Eine wahrlich absurde Vorstellung von Bildung und der Aufgabe von Universitäten als Stätte des Wissens, der Lehre und des Diskurses. Und eine Perversion

SAME SHIT, DIFFERENT YEAR.

Wer aus der Krise nichts lernt, ist gezwungen, sie zu wiederholen!

Für eine breite und kritische Lehre. VSSTÖ LINZ
Mehr Infos auf: <http://linz.vsstoe.at/>

der Humboldt'sche Idee, deren Zweck Hochschulen für eine Land sowie dessen Gesellschaft primär erfüllen sollten.

Fazit

Längst geht es nicht mehr um Bildung und deren eigentlichem Ziel, sondern um bloße Durchsetzung von bestimmten Interessenlagen – meist ökonomisch bestimmt. Auch an der JKU Linz konnten diese durch die Implementierung des UnivG 2002 losgetretenen Entwicklungen deutlich gesehen werden. Die Universität wurde mehr und mehr zur Ausbildungsstätte der Wirtschaft und Industrie degradiert, was auch mit dem überproportional großen Einfluss bestimmter Personen aus dem heimischen Bankensektor zusammenhängt. Während Drittmittel kontinuierlich steigen und

jedes Semester neue Hörsäle nach privaten Unternehmen (um-)benannt werden, verlagert sich gleichzeitig der Schwerpunkt der mittel- bis langfristigen Ausrichtung der angebotenen Fächer und Studienrichtungen. Der aktuell gültige „Entwicklungsplan“ zeigt die Stoßrichtung in vielen Studienrichtungen, aber auch für die Ausrichtung der JKU als Ganzes deutlich auf: Mehr und mehr wird auf die Verwertbarkeit bestimmter Fächer sowie Lehr- und Forschungsgebiete geschickt als auf Grundlagenforschung oder geistes- und kulturwissenschaftliche Fächer. Die Wahl der Exzellenzschwerpunkte (z.B. Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Unternehmensrechnung) verschriftlicht lediglich den bereits seit Jahren eingeschlagenen Marsch. Schneller, besser, weiter lautet die Devise. Und auf der Strecke bleibt fatalerweise jede normative Idee von Bildung.

Oldie but goldie

Die Arbeitslosen von Marienthal

Das Werk von Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel zeigt in Zeiten der Wirtschaftskrise der späten 1920er und frühen 1930er Jahre die Folgen von Massenarbeitslosigkeit auf. Die soziologischen Aspekte rund um den Komplex der Arbeitslosigkeit von damals haben auch in Zeiten der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit im 21. Jahrhundert nichts an Bedeutung verloren – wenn auch bei vielen politischen Entscheidungen und Debatten diese gerne vergessen werden.

Die drei Hauptbeteiligten der Studie (VÖ 1932) untersuchten den Ort Marienthal in Niederösterreich. Nach der Schließung einer Fabrik, nach deren Inbetriebnahme die Gemeinde gegründet worden war, entstand eine umfangreiche Arbeitslosigkeit. Um Zugang zu den Menschen in Marienthal zu gewinnen, suchten die Autor_innen dieser Studie nicht nur Kontakt zu politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Vereinen, sondern führten auch Kleidersammlungen, ärztliche Sprechstunden, Erziehungsberatungen, Turn- und Zeichenkurse durch. Ziel war es, die Menschen für das Forschungsprojekt zu gewinnen. Zugleich diente jedes dieser Mittel auch dazu, durch teilnehmende Beobachtung Informationen über die Marienthaler Bevölkerung und ihrer Arbeitslosigkeit zu erlangen. Für

jede Familie in Marienthal wurden Katasterblätter angelegt, auf denen die verschiedenen Beobachtungen und Interviews festgehalten wurden, vom ordentlichen oder ungeordneten Zustand der Wohnung beim Besuch wegen der Kleidersammlung bis hin zu Dingen, die bei der Erziehungsberatung, beim Arztbesuch oder bei der Beobachtung im „Arbeiterheim“ besprochen wurden. Es wurden etwa dreißig ausführliche Interviews geführt, einige Journale über die Zeiteinteilung angefertigt und Essenslisten erstellt.

Bedeutung

Das veröffentlichte Ergebnis der Studie gibt einen breiten und tiefgehenden Überblick in das Leben mit der damaligen Form von

Arbeitslosenunterstützung, ohne baldige Aussicht auf Beschäftigung. Über die bloße Zählung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen hinausgehend wurde versucht, die psychischen und sozialen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf Einzelne wie auf die gesamte Gemeinschaft Marienthal möglichst umfassend und facettenreich zu erheben, zu analysieren und darzustellen. Hier ist im Besonderen der Aspekt der „müden Gesellschaft“ hervorzuheben: Die bei einem erheblichen Teil der Arbeitslosen festgestellte Resignation, Aktivitätsunfähigkeit und Überforderung durch erzwungenes Nich-

tstun sowie die im Zuge der Untersuchung festgestellte Entpolitisierung großer Teile der Arbeitslosen stellte neue und nicht unwichtige Erkenntnisse dar. Diese neuen Blickpunkte sind auch heute noch im politischen Diskurs fest verankert, gerade in Diskussionen wie Einkommen und Arbeit definiert sein sollen. Ein Beispiel dafür ist die Diskussion rund um ein Grundeinkommen.

Marie Jahoda,
Paul F. Lazarsfeld, Hans Zeisel
Die Arbeitslosen
von Marienthal.
Ein soziographischer Versuch

edition suhrkamp
SV

Weitere Infos

<http://agso.uni-graz.at/marienthal>

<http://www.sozpsy.uni-hannover.de/marienthal/index2.html>

Wohnen in Linz

Wohnbeihilfe

Die Wohnbeihilfe ist eine Förderung, die monatlich in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse jeweils maximal auf Dauer eines Jahres ausbezahlt wird und der Minderung des Wohnungsaufwandes dient. Der Wohnungsaufwand berechnet sich dabei aus den im Haushalt wohnenden Personen und dem Einkommen. Zur Vereinfachung wird auf der Homepage des Landes Oberösterreich eine Tabelle zur Verfügung gestellt. Die Wohnbeihilfe soll dabei insbesondere Menschen mit geringem Einkommen und eben auch Studierende zu gute kommen. Die Höhe der Wohnbeihilfe ergibt sich aus der Differenz zwischen dem anrechenbaren und zumutbaren Wohnungsaufwand. Als zumutbarer Wohnungsaufwand gilt das monatliche Haushaltseinkommen abzüglich des gewichteten Haushaltseinkommens. 25 Prozent des zumutbaren Wohnungsaufwandes bleiben bei der Berechnung der Wohnbeihilfe unberücksichtigt (Einschleifregelung). Was zu beachten ist, ist die Tatsache, dass hier der

Begriff „Einkommen“ ungefähr dem Nettobetrag entspricht. Es wird das Einkommen des vergangenen Jahres herangezogen, außer es gab irgendwelche Änderungen in deinem Berufsleben und dieses Einkommen wäre somit nicht geeignet (Jobwechsel). Dann ist es notwendig, dass du einen aktuellen Monatsgehaltszettel vorlegst. Waisenrenten und Einkommen aus Feriajobs werden nicht in der Berechnung berücksichtigt.

Voraussetzungen

Wenn ihr wenig bis gar kein Einkommen habt wird vom Land oft nachgefragt, wie die Wohnung finanziert wird, ob du zum Beispiel Unterstützung von deinen Eltern bekommst. Dies dient auch zu deinem Schutz, um dich vor Verschuldung zu bewahren. Es wird das durchschnittliche Haushaltseinkommen berechnet, (Jahreseinkommen geteilt durch zwölf). Von diesem Einkommen wird dann der zumutbare Wohnungsaufwand berechnet. Daraus ergibt sich der Betrag, bei dem der Gesetzgeber meint, dass überhaupt kein

Wohnungsaufwand zumutbar ist. Achtung: Höchstgrenze: Es kann durchaus sein, dass man trotzdem etwas zahlen muss. Nur sehr selten wird die komplette Miete übernommen, da es ja die Einschleifregelung gibt. Da in Oberösterreich sowohl geförderte als auch nicht geförderte Wohnungen subventioniert werden, muss beachtet werden, dass es verschiedene Formulare gibt. Der die Vermieter_in kann dir meist Auskunft darüber geben, ob die Wohnung gefördert wurde oder nicht.

Heizkostenzuschuss

Von der Stadt Linz und dem Land Oberösterreich wird Personen mit geringem Einkommen ein Heizkostenzuschuss pro Heizsaison gewährt. Die Höhe wird jedes Jahr neu festgelegt. Die Voraussetzungen dafür richten sich nach dem Einkommen und der Haushaltsgröße sowie nach den Sozialhilferichtsätzen. Die Anträge werden im Bürgerservice-Center im Neuen Rathaus (Erdgeschoß), täglich von Montag bis Freitag von 7:00 – 18:00 Uhr und im ÖH Sozialreferat während der allgemein-

en Öffnungszeiten aufgenommen. Es wird vom Amt für Soziales, Jugend und Familie geprüft, welcher Richtsatz (Stadt oder Land Oberösterreich) zur Anwendung kommen kann. Es braucht also nur ein einziger Antrag gestellt zu werden. Wichtig! Einen Heizkostenzuschuss bekommen z.B. Studierende nur dann, wenn sie schon berufstätig waren. Das heißt, du beziehst das Selbsterhalter_innenstipendium, oder studierst berufsbegleitend. Günstig ist eine Antragsstellung im November, weil die Anträge solange nicht zu Ende geprüft werden können, bis die Landesrichtlinien endgültig feststehen.

Nicht vergessen:

Bei Antragsstellung bitte folgende Unterlagen mitnehmen: Lohnzettel, Lohnsteuerausgleichsbescheid wenn vorhanden, Staatsbürger_innenschaftsnachweis, Meldezettel und eine Kopie des Mietvertrags.

Historische Refom

Die Bedeutung der Health-Care-Abstimmung im US Repräsentantenhaus für Obamas Präsidentschaft und progressive Kräfte innerhalb und außerhalb von Amerika kann kaum überschätzt werden. Obama und die Demokraten waren hart genug, das Gesetz auch gegen den geballten, geschlossenen und radikalisierten Widerstand der US-Rechten durchzuziehen und haben damit demonstriert, dass es sich auszahlen kann, einen Konflikt nicht nur auszutragen sondern auch durchzustehen.



Gleichzeitig ist das letztlich beschlossene Gesetzeswerk unübersichtlich und wird auch von vielen US-Linken äußerst kritisch gesehen. Die folgende Liste an Fakten soll die Diskussion darüber versachlichen helfen und eine Übersicht darüber liefern, was am Ende eigentlich alles (nicht) beschlossen wurde. Die Liste gliedert sich in zwei Teile: (a) Veränderungen die in der beschlossenen Fassung bzw. nach Beschluss der Änderungen im Senat (wofür die einfache Mehrheit von 51 Senator_innen reichen wird) in Kraft treten werden. (b) Punkte, die es nicht in das Gesetz geschafft haben.

Beschlossene Änderungen

Die folgende Auswahl an wichtigen Änderungen sind im beschlossenen Entwurf enthalten (inklusive jener Änderungen, die noch von einer 51-Stimmen-Mehrheit im Senat abgesegnet werden müssen):

- * Einführung einer Versicherungspflicht bei einem der zahlreichen privaten Anbieter, ansonsten Strafzahlung sowohl für Individuen als auch Unternehmen, die sich nicht versichern bzw. keine Versicherung anbieten. Die Strafsteuern gelten ab 2014, endgültig in Kraft tritt diese Versicherungspflicht allerdings nicht vor 2018 (vgl. the Nation). Das damit verbundene Verbot für Versicherer, Leute abzulehnen, wird dazu führen, dass bis zu 30 Millionen heute unversicherte AmerikanerInnen spätestens ab 2018 versichert sein werden. Allerdings decken die Versicherungen nicht notwendigerweise sämtliche Kosten der Gesundheitsversorgung ab, was insbesondere bei schweren Erkrankungen auch weiterhin zum Privatkonkurs führen kann.

- * Schaffung eines staatlich beaufsichtigten, bundesweiten Versicherungsmarktes für den Kauf von Versicherungspolice, der ebenfalls 2014 starten wird. Für unversicherte Erwachsene die davor keine Versicherung kaufen können (z.B. wegen Vorerkrankungen, „pre-existing conditions“) gibt es ein bis 2014 befristetes Übergangsprogramm. Für Jugendliche gilt das Verbot, wegen „pre-existing conditions“ eine Versicherung zu verweigern, ab sofort.

- * Die Beaufsichtigung des Versicherungsmarktes wird insbesondere in der Einrichtung von unparteiischen Berufungsstellen für den Fall von Streitigkeiten bestehen.

- * 0,9 Prozent Steueraufschlag für Spitzenverdiener_innen (\$200.000/Person/Jahr,

- \$250.000/Haushalt/Jahr) ab 2013 auf die Abgabe zur Finanzierung von Medicare, die damit von 1.45% auf 2.35% steigt (siehe auch weiter unten). Außerdem gibt es für diese Personengruppe eine Sondersteuer in Höhe von 3,5% auf Kapitaleinkünfte, die diese Einkommensgrenzen überschreiten.

- * Sonderabgaben in Milliardenhöhe für Versicherungsunternehmen in Abhängigkeit des jeweiligen Marktanteils in steigender Höhe ab 2014.

- * Eine Steuer auf besonders teure Versicherungspolice (sog. „cadillac health care plans“). Mit dieser Steuer ist eindeutig eine starke Umverteilungswirkung verbunden, allerdings könnte sie – insbesondere wenn die Grenzen nicht regelmäßig an die Inflation angepasst werden – auch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer_innen treffen. Sie wurde aber ebenfalls auf 2018 verschoben. Die Steuer wird 40% auf (fast) all jene Kosten betragen, die über \$ 10.200/Person bzw. \$27.500/Haushalt hinausgehen.

- * Außerdem gibt es noch eine Reihe kleinerer Maßnahmen im Steuer- und Abgabebereich (z.B. Steuerbefreiung für bestimmte, genossenschaftliche Versicherer, eine neue Medikamentensteuer, eine 10%-Steuer auf Sonnenstudios, vgl. Reuters, bzw. für eine – leider schwer verständliche – Liste vgl. Tax Lawyer's Blog)

- * Jugendliche werden noch in diesem Jahr die Möglichkeit haben, bis zum Alter von 26 Jahren bei den Eltern mitversichert zu bleiben.

- * Haushalte und Unternehmen, die sich die Versicherung nicht leisten können, bekommen Steuergutschriften. Ob diese allerdings hoch genug sein werden (können), solange es keine „public option“ als Alternative zu den privaten Versicherern gibt, lässt sich noch nicht abschätzen. Jedenfalls aber wird die Kombination aus Versicherungs- und Zuschusspflicht dazu führen, dass eine (stärkere) Kontrolle der Versicherungsunternehmen unverzichtbar sein wird.

- * Eine Reihe von Verboten gegen missbräuchliche Klauseln und Praktiken der Versicherungsindustrie, allen voran die Weigerung zu versichern wegen bereits vorhandener Krankheiten („pre-existing conditions“), das Verbot von Höchstgrenzen an Gesundheitsausgaben für eine/n Versicherte/n („life-time caps“), die insbesondere bei schweren Krank-

heiten wie Krebs schnell erreicht wurden und zu einem Verlust des Versicherungsschutzes geführt haben sowie generell das Verbot, Versicherungen zu kündigen, wenn der/die Versicherte krank wird. Jährliche Kostengrenzen („annual caps“) sind zwar weiterhin erlaubt, werden aber reguliert/kontrolliert. Ältere Versicherungsnehmer_innen müssen allerdings weiterhin teilweise bis zu dreimal so hohe Prämien wie jüngere zahlen und bis 2017 ist es weiterhin zulässig, bei unternehmensbezogenen Policen erhöhte Prämien bei einem höheren Anteil an Frauen zu verlangen.

- * Eine Ausweitung des Medicaid-Programms, das Gesundheitsversorgung für Menschen mit geringen Einkommen finanziert und laut the Nation 12-14 Millionen Menschen zusätzlich erfassen wird.

- * Eine Verbesserung der Medikamentenversorgung im staatlichen Medicare-Programm für SeniorInnen (bislang wurden Medikamente-Kosten zwischen \$2.700 und \$6.154 nicht abgedeckt, vgl. Reuters).

- * Es wird zu einer Verdopplung der Anzahl sogenannter „Federally Qualified Community Health Centers“ kommen (10 Milliarden Dollar zusätzliches Budget dafür), die Grund- und zahnärztliche Versorgung für einkommensschwache Familien anbieten und so in der Lage sein werden, 16 Millionen neue Patient_innen zu bedienen.

- * US-Bundesstaaten wird erlaubt, über diese Maßnahmen hinaus- und stärker in Richtung eines staatlich finanzierten Universalversorgungssystems zu gehen. Diese Bestimmung tritt allerdings erst mit 2017 in Kraft.

- * Verbot, öffentlichen Förderungen zur Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüche zu verwenden. Das war zwar auch bisher schon so, allerdings werden dank der neuen Steuergutschriften mehr Personen als vorher öffentliche Förderung in Anspruch nehmen (müssen). Diese müssen dann für die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen Zusatzvereinbarungen unterzeichnen und finanzieren.

Folgende Punkte sind nicht im Gesetzesvorschlag enthalten

- * Die in der ursprünglichen Version des Repräsentantenhaus enthaltene „public option“ – staatlicher oder non-profit Versicherer ähnlich europäischer Selbstverwaltungsver-

sicherer – als Alternative zu privaten Versicherungsunternehmen wurde im Senat geopfert, um die notwendigen 60 Stimmen zu bekommen. Mitglieder des „progressive caucus“ der House-Democrats haben aber angekündigt, ehe baldigst ein Gesetz zur Einrichtung einer „public option“ einzubringen (vgl. „Woolsey To Introduce Public Option Bill ASAP“)

- * Es gibt auch keine Ausweitung des populären „Medicare“-Programms, das viele linke Demokraten als einen Schritt in Richtung des von ihnen favorisierten „Single-Payer“-Gesundheitssystems, das auch das linksdemokratische Magazin „the Nation“ unter dem Titel „Medicare for All“ favorisiert (vgl. „Next Steps Toward ‘Medicare for All‘“).

- * Konsequenterweise gibt es auch (noch) nicht die Möglichkeit, sich in das Medicare-Programm „einzukaufen“, wie vom demokratischen Abgeordneten Grayson vorgeschlagen. Sein entsprechender Gesetzesvorschlag hat allerdings mittlerweile 80 UnterstützerInnen im Repräsentantenhaus.

Fazit

Die Gesundheitsreform ist jedenfalls ein großer Schritt in die richtige Richtung, mit einer Reihe von Verbesserungen für breite Teile der US-Bevölkerung. Sowohl dass die Mehrzahl der neuen Leistungen GeringverdienerInnen zu Gute kommen werden als auch dass die Finanzierung der Verbesserung zu einem großen Teil über Steuern für SpitzenverdienerInnen erfolgen wird, machen die Gesundheitsreform auch zu einem der größten Umverteilungsprogramme der jüngeren Geschichte. Die dadurch implizierten, positiven (Nachfrage-)Effekte für die Gesamtwirtschaft sind auch nicht zu unterschätzen. Klar ist aber auch, dass der Weg zu echter „universal health-care“ noch ein weiter ist. Eine öffentliche Alternative zu den Versicherungsunternehmen ist notwendiger denn je, ließe sich aber auch relativ einfach in einem nächsten Schritt ergänzen. Die wichtigste Botschaft abseits aller Maßnahmen aber, die mit der US Gesundheitsreform verbunden ist, ist der Beweis, dass progressive Politikprojekte möglich sind – gerade auch angesichts budgetärer Schwierigkeiten. Sie erfordern dafür aber ein klares Bekenntnis zu konsequenter (Um-)Verteilungspolitik.

Bilal

„Als Illegaler auf dem Weg nach Europa“

Bilal erzählt die Geschichte zahlreicher Flüchtlinge auf dem Weg von Afrika nach Europa. Dieser führt meist über Libyen und über das Mittelmeer auf die Insel Lampedusa. Das Ziel ist Italien. Zahlreiche Flüchtlinge sterben bei der Überfahrt, einige aber auch schon vorher auf dem Weg durch die Sahara.

Reise durch die Wüste

Fabrizio Gatti startet seine Reise im Senegal, um mit dem Zug in den Niger zu reisen. Von Agadez fährt er mit einem Lastwagen durch die Wüste. Gemeinsam mit 300 anderen Reisenden. Eine Station davon ist die Oase Dirkou im Niger. Auf der Reise mit dem Lastwagen werden die Flüchtlinge oft von Soldaten kontrolliert. Wer kein Geld hat, wird geschlagen und misshandelt. In Madama endet Bilals Reise, er bekommt kein Visum für Libyen. Der Journalist schreibt ungeschönt über die Bestechung von Soldaten, Waffenschmuggel und „stranded people“. Über Flüchtlinge, die an einem Punkt der Reise nicht mehr weiterkönnen, weil sie kein Geld mehr haben.

Flüchtlingslager Lampedusa

Fabrizio Gatti kommt zwar nicht mit einem der

vielen Flüchtlingsboote über das Mittelmeer, er springt auf der Insel Lampedusa ins Meer, gibt sich als kurdischer Flüchtling aus und wird in das Flüchtlingslager der Insel gebracht. Unmenschliche Zustände herrschen im Lager. Komplette Überfüllung und erschreckende Hygienebedingungen. Die „Carabinieri“, die italienische Polizei, machen keinen Unterschied zwischen Kindern und Erwachsenen. Alle werden unmenschlich behandelt. Nach einigen Wochen im Lager wird Bilal mit anderen Flüchtlingen aufs italienische Festland gebracht; sie haben fünf Tage Zeit, das Land zu verlassen.

Festung Europa

Das spannende an diesem Buch ist neben den authentischen Erzählungen über den Reiseverlauf vor allem die Beobachtung der politischen Lage zwischen Italien und Libyen. Der „Handel“ mit Flüchtlingen subventioniert die libysche

Wirtschaft, die Flüchtlinge bezahlen viel Geld für die Reise nach Europa. In Europa werden sie wieder abgeschoben. Flüchtlinge aus allen Teilen Afrikas werden oft nach Libyen abgeschoben, obwohl sie von dort ohne Geld nicht wieder in ihre Heimatregion kommen und in Libyen gefoltert und eingesperrt werden. Tausende Flüchtlinge sterben jährlich auf dem Weg nach Europa. Genaue Zahlen gibt es nicht, da die Ausreise illegal erfolgt. Italien hat offensichtlich kein Problem mit den Flüchtlings-



strömen aus Afrika und dem unmenschlichen Handeln der libyschen Regierung: die bilateralen Beziehungen werden stetig verbessert.

Fabrizio Gatti

Der italienische Journalist schrieb beim „Corriere della Sera“ und ist Chefreporter des „Espresso“. Er wird bereits als zweiter „Günter Wallraff“ des Journalismus bezeichnet. Er deckte unter anderem die katastrophalen Zustände in Obdachlosenzimmern und einer Strafanstalt auf. Für seine Reportagen wurde er bereits dreimal inhaftiert. 2007 erhielt er den Europäischen Journalistenpreis, für „Bilal“ wurde er 2008 mit dem „Premio Terzani“ ausgezeichnet.



Linz hat ein soziales Angebot für alle

„Ob Vollversorgung im Kinderbetreuungsbereich mit dem kostenlosen Mittagessen im Kindergarten, die Unterstützung für Einkommensschwache oder moderne Seniorenpflegeplätze mit bester Betreuung – Linz bietet allen Menschen soziale und leistbare Angebote“

Franz Dobusch



Bürgermeister Franz Dobusch

Linz verändert



**MEHR.
FÜR UNS JUNGE.**

DR. JOHANN KALLIAUER, AK-Präsident:

**„DIE AK - EINE STARKE PARTNERIN
FÜR DIE JUGEND!“**



- ✔ Kostenlose Beratung zu den Themen Ausbildung und Lehre
- ✔ Nützliche Infos in Bezug auf Recht & Geld
- ✔ Alles rund ums Konsumentenrecht und kostenlose Rechtsberatung

AK
Oberösterreich

G20 in Toronto

Proteste anlässlich des G20 Gipfels in Toronto: Von friedlichen Protesten bis zu einer kleinen Gruppe von Anarchist_innen, die in der Innenstadt eine Straße der Verwüstung hinterließen. Eine Reportage von Thomas Gegenhuber.

Mittags mache ich mich zum dem Treffen der studentischen Protestbewegung auf. Es regnet in Strömen. Ohne Schirm braucht man heute nicht demonstrieren. Die erste Nagelprobe für eine Protestbewegung: Wie wetterfest sind die Demonstrant_innen? Ich komme beim Treffpunkt für die Studierenden an. Rund 300 Studis haben sich hier versammelt. Die Botschaft auf den Transparenten ist klar: Bildung soll in der öffentlichen Hand bleiben und die Demonstrant_innen kritisieren, dass Kanadas Studierende bereits 13,5 Milliarden Dollar Schulden aufgrund von Studiengebühren haben. Daher fordern sie, was in Österreich bereits Realität ist: Abschaffung der Studiengebühren. Der Protestzug marschiert durch den Campus der „University of Toronto“ und skandiert: „Whose Campus, our Campus“. Schließlich kommen wir in Queens Park, dem zentralen Treffpunkt der Großdemonstration an.

„It were not the workers who caused this crisis“

Die Demonstration in Queens Park findet un-

ter der Schirmherrschaft der Dachorganisation der Gewerkschaften Ontarios statt. Abertausende haben sich hier versammelt. Die Protestbewegung hat die Probe bestanden. „Ich bin froh, dass trotz Regen so viele gekommen sind,“ erzählt eine Gewerkschafterin.

Wie von Demonstrationen aus Österreich gewohnt, finden zu Beginn Reden statt. Eine Botschaft zieht sich durch: Die meisten Regierungen haben mit Steuergeldern das Finanzsystem gerettet. Einige Regierungen denken laut über Sparmaßnahmen auf und von angespannten öffentlichen Finanzen nach. Es ist ungerecht, wenn die Bürger_innen für die Fehler ihrer Finanz-Eliten gerade stehen müssen. Jene, die dieses Schlamassel verursacht haben, sollen es auch ausbaden. Ein geschlossener Ruf nach Umverteilung also. Die Forderungen: Einführung der sogenannten „Robin Hood“ Tax, Regulierung des Finanzsystems und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Liana Salvador, Vertreterin der Studierenden, ist als letzte Rednerin an der Reihe. Der Schluss ihrer Rede: „Dieser Protest ist Demokratieunterricht. In diesem Sinne: Willkommen zur ersten Unterrichtsstunde. Unser heutiges Thema: Protest. Wisst ihr warum diese Stunde so toll ist: Sie ist frei zugänglich!“ Das Publikum applaudiert. Der Protestzug setzt sich langsam in Bewegung.

Warum protestieren?

Ich nütze die Zeit, um mit den Demonstrant_innen zu reden. Ich möchte mehr über ihre Beweggründe erfahren hier zu protestieren. Liana meint, „die G20 sind ein undemokratischer Club, der hinter verschlossenen Türen Entscheidungen trifft. Wir protestieren hier um uns gehört zu schaffen“. Alex, eine Gewerkschafterin, macht sich für Themen, die gewöhnliche Arbeiter_innen betreffen - wie zum Beispiel Armutsgefährdung - stark. Ein Stahlarbeiter macht seinem Ärger Luft: „Die Märkte bestimmen die Politik. Niemand stoppt die grenzenlose Gier der multinationalen Konzerne.“ Einige demonstrieren für das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Wie gestern berichtet, ist die Polizei in Toronto mit Rechten ausgestattet, die eindeutig die Grundrechte der Bürger_innen einschränken. Ein Aktivist von „Amnesty International“ trägt

ein Schild: „Peaceful Protest is a right.“ Ich führe noch Gespräche mit weiteren Demonstrant_innen. Ihre Beweggründe sind zu vielfältig, um sie hier zusammenzufassen. Manche setzten auf kreativen Protest. Die Gruppe „Rhythms of Resistance“ sorgt für die passenden Vibes beim Protestmarsch. Dazwischen ist der Spruch „The people united, will never be defeated“ zu hören. Ein Klassiker unter den Demosprüchen. Kurios ist ein junger Mann, der in einem Anzug vor der Polizei steht. Auf seinem Schild ist zu lesen: „Everything is O.K.“ Ich frage ihn: Warum ist alles O.K.? Er antwortet mir: „Ich bin weiß, bin ein Mann und habe Geld.“ Er kritisiert also die ungleiche Verteilung von Macht in der Gesellschaft. Die gewaltsamen Proteste einiger weniger liefern spektakuläre Bilder für die Medien ab. Die Anarchist_innen spielen damit jenen Interessensgruppen in die Hände, die mehr Rechte für die Polizei fordern und die hohen Sicherheitskosten für gerechtfertigt handeln. Der Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit ist in den Rauchschwaden der brennenden Polizeiautos leider kaum noch sichtbar.

Rücksender

Materialien zum Bestellen:



Rücksender:

www.sj-linz.at
quer@sj-linz.at

Ich will gratis:

- ein Quer - Abo
- "Grenzen aufbrechen" - Materialien
- Materialien zur Überwachungsinitiative
- "Die fetten Jahre sind vorbei!" - Materialien
- "Die Freiheit, die sie meinen" - Materialien
- Open Source-T-Shirt (10 Euro)
- "Gib Vorurteilen ein Zuhause" - Materialien
- "Ich denke, also bin ich keinE RassistIn" - Aufkleber
- "Wir Wilden haben auch unsere Kultur" - Plakat
- Act!-Broschüre
- Schwarz-Grün-Satire-Pickerl
- Folder "Wer wir sind, was wir wollen"
- SJ-Linz - Grundsatzprogramm

Ich möchte:

- Informationen zur Kampagne "Grenzen aufbrechen"
- über eure Aktionen am Laufenden gehalten werden!
- bei euch Mitglied werden!
- Weltfrieden!

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin, Verlegerin: Sozialistische Jugend Linz; Redaktion: Moritz Ablinger, Vanessa Gaigg, Arda Yilmaz, Klaus Baumgartner, Stefan Etselstorfer, Sandra Hochmayr, Dieter Etselstorfer, Hannah Stögermüller, Hannes Halak, Michael Pötscher; Layout: Isabella Mühlgrabner; Bilder: Archiv, pixelkinder.com; Redaktionsadresse: Kaisergasse 14a, 4020 Linz; office@sj-linz.at

SUMMERBREAK 2010

Rücksender:

vorname, nachname

straße, nr.

plz, ort

tel.nr.

geb.dat.

e-mail

schule/uni/betrieb

Porto zahlt
Empfängerin

An die
Sozialistische Jugend Linz
Kaisergasse 14a
4020 Linz